

Stadtverordnetenversammlung

Protokoll Nr. STV/03/2015

**über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
am 23.03.2015,
Ahrensburg, Reithalle des Marstalls**

Beginn der Sitzung : 19:30 Uhr
Ende der Sitzung : 21:40 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Roland Wilde

Stadtverordnete

Frau Carola Behr
Herr Thomas Bellizzi
Frau Doris Brandt
Herr Christian Conring
Herr Claas-Christian Dähnhardt
Herr Jürgen Eckert
Herr Peter Egan
Herr Rafael Haase
Herr Jörg Hansen
Frau Anna-Margarete Hengstler
Herr Dr. Ernst-Jürgen Hoffmann
Herr Dustin Holzmann
Herr Tobias Koch
Herr Dirk Langbehn
Herr Detlef Levenhagen
Frau Monja Löwer
Herr Hartmut Möller
Frau Marleen Möller
Frau Sybille Ott
Herr Jochen Proske
Herr Bela Randschau
Herr Achim Reuber
Herr Hinrich Schmick
Frau Karen Schmick
Herr Christian Schmidt
Herr Christian Schubbert-von Hobe
Herr Matthias Stern
Herr Michael Stukenberg
Frau Doris Unger
Herr Olaf Waskow

ab TOP 5

ab TOP 12 bis TOP 13 tlw.

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Herr Yannick Klix
Herr Angelius Krause
Herr Christof Schneider

Kinder- u. Jugendbeirat
Behindertenbeirat
Seniorenbeirat

Sonstige, Gäste

Herr Peter Körner

Stellv. Ortswehrführer der Freiwilligen Feuerwehr Ahrensburg, bis TOP 11

Michael Mey

Ortswehrführer der Freiwilligen Feuerwehr Ahrensburg, bis TOP 11

Verwaltung

Herr Michael Sarach
Herr Ulrich Kewersun
Herr Horst Kienel
Frau Meike Niemann
Herr Thomas Reich
Herr Mathias Horsch
Frau Birgit Reuter

Bürgermeister

Veranstaltungstechnik
Protokollführerin

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
4. Einwohnerfragestunde
5. Festsetzung der Tagesordnung
6. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 02/2015 vom 24.02.2015
7. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters
 - 7.1. Berichte gem. § 45 c GO
 - 7.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen
 - 7.2.1. Finanzbericht Nr. 05/2015
 - 7.2.2. Namensänderung Eric Kandel Gymnasium
 - 7.3. Mitgliedschaft als Vertreter der Gemeinden des Kreises Stormarn in der Fluglärmschutzkommission für den Hamburg Airport
 - 7.4. Sachstand Sanierung Alter Lokschuppen
 - 7.5. Grundstücksangelegenheit
8. Ehrung eines Stadtverordneten für seine 15-jährige ehrenamtliche Tätigkeit
9. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Umbesetzung von Ausschüssen
 - 9.1. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Umbesetzung von Ausschüssen **AN/014/2015**
 - 9.2. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Umbesetzung von Ausschüssen **AN/017/2015**
 - 9.3. Antrag der FDP-Fraktion - Umbesetzung von Ausschüssen **AN/019/2015**

- | | | |
|-----|---|-------------------|
| 10. | Zustimmung zur Wahl des Ortswehrführers der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Ahrensburg - Ortswehr Ahrensfelde - | 2015/044 |
| 11. | Zustimmung zur Wahl des stellvertretenden Ortswehrführers der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Ahrensburg - Ortswehr Ahrensfelde - | 2015/043 |
| 12. | Durchführung eines Oktoberfestes in den Jahren 2015 bis 2017
- Grundsatzbeschluss | 2015/022/1 |
| 13. | Politikerstatements auf Ahrensburg.TV | 2015/017 |
| 14. | 42. Flächennutzungsplanänderung "Ohlendamm"
- Abwägung der Stellungnahmen
- Abschließender Beschluss | 2015/018 |
| 15. | Bebauungsplan Nr. 93 "Ohlendamm" für das Gebiet Ohlendamm, Flurstücke 294, 295, 296, 297, 298, 299, 301, 548 und 549
- Abwägung der Stellungnahmen
- Satzungsbeschluss gemäß § 10, Abs. 1 Baugesetzbuch | 2015/016 |
| 16. | Städtebaulicher Vertrag zur Sicherung der mit der städtebaulichen Planung verfolgten Ziele
- Einzelhandelsausschluss am nördlichen Ende des Kornkamps | 2015/010 |
| 17. | Jahresabschluss 2011 der Stadt Ahrensburg und Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes | 2015/029/1 |
| 18. | Verkaufsoffene Sonntage 2015 | 2015/028 |

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Bürgervorsteher Wilde eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

Am **23. April 2015, 16:00 Uhr**, werden der Stadtverordnete Herr Stern, das Bürgerliche Mitglied Herr Griesenberg sowie Bürgervorsteher Herr Wilde für ihre langjährige Tätigkeit in der Selbstverwaltung geehrt. Für die 25-, 30- und 35-jährige Tätigkeit erfolgt jeweils die Anpflanzung eines Baumes. Die Ehrung erfolgt in der Grünanlage westlich der Kastanienallee zwischen Spielplatz Schäferweg und Hochhaus zu den Wohnblöcken Schäferweg hin.

2. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Bürgervorsteher Wilde stellt die Beschlussfähigkeit fest.

3. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

In der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23.02.2015 wurden folgende Beschlüsse in nicht öffentlicher Sitzung gefasst:

1. Grundstücksangelegenheit, Vorlagen-Nr. 2014/147/1

Dem Abschluss eines Vertrages mit der WAS zum Verkauf städtischer Flächen im Gebiet des B-Planes Nr. 88 und dem Abschluss eines Erschließungs- und Ansiedlungsvertrags wurde zugestimmt.

2. Grundstücksangelegenheit, Vorlagen-Nr. 2015/020

Dem Erwerb einer ca. 6.774 m² großen Teilfläche zur Herstellung der Planstraße A und der Planstraße B, teilweise im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 88, wurde zugestimmt.

4. Einwohnerfragestunde

Frau Veeh berichtet, dass sich bei einer von ihr durchgeführten Umfrage auf ihrem Portal Ahrensburg24.de 177 Besucher/Besucherinnen für die Durchführung eines Oktoberfestes und 96 Besucher/Besucherinnen dagegen ausgesprochen haben.

Herr Westphal, Vorsitzender des Ahrensburger Stadtforums, erklärt, dass die Argumente des Bildungs-, Kultur- und Sportausschusses zur Ablehnung des Oktoberfestes nicht nachvollziehbar seien und plädiert für die Durchführung des Oktoberfestes. Stadtforum bzw. Einzelhandel seien auch nicht bei der Frage, inwieweit sich das Oktoberfest negativ auf Einzelhandel und Gastronomie auswirke, einbezogen worden. Von der Kaufmannschaft wurde gerade empfohlen, den 3. verkaufsoffenen Sonntag zeitgleich mit dem Oktoberfest durchzuführen. Es handele sich um eine private Veranstaltung, die der Stadt nichts koste und das Stadtmarketing der Stadt Ahrensburg fördere. Solchem Engagement sollten keine Steine in den Weg gelegt werden. Die Anlieger würden bei lediglich 12 Veranstaltungen jährlich von einer sehr lebendigen Innenstadt profitieren.

Herr Zarges, Betreiber des Rockefeller und in der Einwohnerfragestunde stellvertretend für Herrn Strehl, plädiert für die Durchführung des Oktoberfestes, da Ahrensburg dadurch nur gewinnen könne.

Frau Manz, Betreiberin des Berlin Milljöh in der Großen Straße erklärt, dass sie keine Einbußen durch das Oktoberfest habe, sondern davon profitiere. Ahrensburg sei eine sehr „gesellige Stadt.“

Die Mitarbeiterin der Firma Sound & Light Service GmbH mit Sitz in Ahrensburg stellt nachfolgende Fragen/Anregungen:

1. „Für ein besseres Verständnis der im Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss getroffenen Empfehlung bittet sie um Erläuterung des Entscheidungsprozesses.
2. Wie wird in diesem Gremium sichergestellt, dass alle Interessen maßvoll berücksichtigt werden?
3. Sei es möglich, dass sehr spontane und persönliche Meinungen das einzige Kriterium seien?
4. Wenn dem Oktoberfest die Genehmigung verweigert werde, mit welcher Begründung erhalten andere Events diese Genehmigung?
5. Ist ein transparenter und fairer Entscheidungsprozess für Bürger und Firmen nachvollziehbar?
6. Hat aus Sicht des Bildungs-, Kultur- und Sportausschusses das Thema „Stadtmarketing“ eine besondere Bedeutung?

7. In einem Brief einer Anwohnerin sei die extra angebrachte Außenschallanlage beklagt worden. Warum sei nicht nachgefragt worden, ob diese Aussagen so korrekt seien?“

Als Technikdienstleisterin könne sie mitteilen, dass die angebrachte Außenschallanlage sich auf Zimmerlautstärke beschränkte. Zweck der Außenschallanlage war, einen Eindruck von der Stimmung im Zelt zu vermitteln.

Bürgervorsteher Wilde verweist in diesem Zusammenhang auf die Beratung in der heutigen Stadtverordnetenversammlung im Rahmen des Tagesordnungspunktes „Durchführung eines Oktoberfestes in den Jahren 2015 – 2017.“

5. Festsetzung der Tagesordnung

Bürgermeister Sarach beantragt im Wege der Dringlichkeit gem. § 34 Abs. 4 letzter Satz der Gemeindeordnung, die Tagesordnungspunkte – Zustimmung zur Wahl des Ortswehrführers der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Ahrensburg, Ortswehr Ahrensfelde –, Vorlagen-Nr. 2015/044, sowie – Zustimmung zur Wahl des stellvertretenden Ortswehrführers der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Ahrensburg, Ortswehr Ahrensfelde –, Vorlagen-Nr. 2015/043, zu beraten, um die Funktionsfähigkeit, Stabilität und Einsatzfähigkeit der Ortswehr Ahrensfelde sicherzustellen.

Die Stadtverordneten stimmen der Erweiterung der Tagesordnung um die wie vor genannten Tagesordnungspunkte (Vorlagen-Nr. 2015/044, Vorlagen-Nr. 2015/043) im Wege der Dringlichkeit mit der erforderlichen Mehrheit von 2/3 der gesetzlichen Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung zu.

Abstimmungsergebnis: **Alle dafür**

Bürgervorsteher Wilde schlägt vor, die Wahl zum Ortswehrführer der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Ahrensburg, Vorlagen-Nr. 2015/044, als TOP 10 und die Wahl zum stellvertretenden Ortswehrführer der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Ahrensburg, Ortswehr Ahrensfelde, Vorlagen-Nr. 2015/043, als TOP 11 zu behandeln.

In der Sitzung des Finanzausschusses am 16.03.2015 wurde die Grundstücksangelegenheit, Vorlagen-Nr. 2015/032, zunächst zur Beratung in den Umweltausschuss verwiesen und empfohlen, den Punkt von der Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung am 23.03.2015 zunächst abzusetzen.

Bürgervorsteher Wilde teilt mit, dass in der Sitzung des Hauptausschusses am 16.03.2015 vorgeschlagen wurde, den Antrag der FDP-Fraktion auf Umbesetzung von Ausschüssen (AN/019/2015) unter dem Tagesordnungspunkt 9 – Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Umbesetzung von Ausschüssen –

zu beraten. Gleichzeitig ist ein weiterer Antrag von Bündnis 90/Die Grünen zur Umbesetzung von Ausschüssen AN/017/2015 eingegangen, der ebenfalls unter dem Tagesordnungspunkt 9 – Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Umbesetzung von Ausschüssen – vorgeschlagen wird, zu behandeln.

Die Stadtverordneten stimmen anschließend der mit Einladung vom 11.03.2015 versandten Tagesordnung mit wie vor genannten Änderungen zu.

Abstimmungsergebnis: **Alle dafür**

6. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 02/2015 vom 24.02.2015

Einwände gegen die Niederschrift bestehen nicht.

7. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters

7.1. Berichte gem. § 45 c GO

Es wird auf die der Niederschrift der Stadtverordnetenversammlung Nr. 2/2015 beigefügte tabellarische Aufstellung zum Beschlusscontrolling verwiesen.

7.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen

7.2.1. Finanzbericht Nr. 05/2015

Der Finanzbericht Nr. 05/2015 (**Anlage**) wird vom Bürgermeister zur Kenntnis gegeben.

7.2.2. Namensänderung Eric Kandel Gymnasium

Das Ministerium für Schule und Berufsbildung hat der Namensänderung des Gymnasiums Am Heimgarten in Eric Kandel Gymnasium zugestimmt. Die Namensänderung tritt mit Veröffentlichung im Nachrichtenblatt des Ministeriums vom 27. Februar 2015 in Kraft.

7.3. Mitgliedschaft als Vertreter der Gemeinden des Kreises Stormarn in der Fluglärmschutzkommission für den Hamburg Airport

Bürgermeister Sarach teilt mit, dass er mit Verfügung vom 17. März 2015 von der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation der Freien und Hansestadt Hamburg als Mitglied in die Fluglärmschutzkommission als Vertreter der Gemeinden des Kreises Stormarn für den Hamburg-Airport berufen worden ist.

Die Kommission hat die Aufgabe, die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation als Landesluftfahrtbehörde und die Flugsicherung über Maßnahmen zum Schutz gegen Fluglärm zu beraten.

7.4. Sachstand Sanierung Alter Lokschruppen

Am 07.04.2015 wird mit den Sanierungsmaßnahmen Parkhaus „Alter Lokschruppen“ begonnen. Das Parkhaus wird für den Zeitraum der Sanierung bis voraussichtlich Ende Oktober diesen Jahres aus Sicherheitsgründen geschlossen bleiben. Die Verwaltung verhandelt zurzeit noch mit verschiedenen Grundstückseigentümern über Parkersatzflächen. Bürgermeister Sarach kündigt eine Beschlussvorlage mit dem Inhalt an, die Erhebung von Parkgebühren für diesen Zeitraum auf der Alten Reitbahn auszusetzen.

7.5. Grundstücksangelegenheit

Stadtverordneter Koch erklärt, dass in der letzten Stadtverordnetenversammlung der Bürgermeister beantragt habe, den TOP „Grundstücksangelegenheit „Abschluss von Verträgen mit der WAS zum Gewerbegebiet Beimoor-Süd II“ im Wege der Dringlichkeit auf die Tagesordnung zu setzen. Der Bürgervorsteher habe heute die in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse der vorangegangenen Sitzung dahingehend bekanntgegeben, dass die Stadtverordnetenversammlung dem Grundstücksgeschäft zugestimmt hat. Er bittet um Auskunft, ob die Angelegenheit ihren Abschluss gefunden hat und bittet um Sachstandsbericht.

Bürgermeister Sarach erklärt, dass die Stadt eine Grundstücksangelegenheit mit einem Interessenten verhandelt, für den die Positionierung der Stadt von besonderer Bedeutung ist, damit er einem Dritten gegenüber, der noch in diesem Geschäft beteiligt ist, in einer gesicherten Position verhandeln kann, den er durch den Beschluss der Stadtverordneten erhalten hat. Darauf, dass sich diese Verhandlungen noch verzögern, hat die Stadt keinen Einfluss.

8. Ehrung eines Stadtverordneten für seine 15-jährige ehrenamtliche Tätigkeit

Bürgervorsteher Wilde ehrt den Stadtverordneten Herrn Langbehn für seine 15-jährige Tätigkeit.

Stadtverordneter Langbehn ist seit dem 01.04.2003 in der Kommunalpolitik aktiv, zunächst der CDU-Fraktion bis zum 22.04.2006 angehörend, dann vorübergehend fraktionslos, um dann am 31.08.2007 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beizutreten. Nach 10 Jahren wurde Stadtverordneter Langbehn für seine Verdienste mit einem Ehrenteller geehrt. Er war bzw. ist in zahlreichen Ausschüssen tätig wie Sozialausschuss, Umweltausschuss, Bau- und Planungsausschuss, Werkausschuss, Ältestenrat, Finanzausschuss, Hauptausschuss, Wahlprüfungsausschuss aber auch in den Stadtwerken Ahrensburg GmbH.

Sein Hauptaugenmerk liegt auf den Finanzausschuss und im Aufsichtsrat der Stadtwerke Ahrensburg GmbH als Finanzexperte seiner Fraktion.

Bürgervorsteher Wilde dankt ihm für seine jahrelange Arbeit und sein Engagement und überreicht ihm eine Urkunde mit einem Präsent.

9. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Umbesetzung von Ausschüssen

9.1. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Umbesetzung von Ausschüssen AN/014/2015

Die Stadtverordneten stimmen dem Antrag auf Umbesetzung zu.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

9.2. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Umbesetzung von Ausschüssen AN/017/2015

Herr Patrick Pawlak wird von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen als ordentliches Bürgerliches Mitglied im Werkausschuss vorgeschlagen. Gleichzeitig wird Herr Patrick Pawlak als stellvertretendes Bürgerliches Mitglied im Umwelt- und Bau- und Planungsausschuss vorgeschlagen.

Herr Patrick Pawlak erfüllt die Wahlbarkeitsvoraussetzungen nach § 6 Gemeinde- und Kreiswahlgesetz. Danach ist wählbar, wer am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet hat, im Wahlgebiet wahlberechtigt ist und seit mindestens 3 Monaten in Schleswig-Holstein eine Wohnung hat.

Die Stadtverordneten stimmen anschließend dem Antrag AN/017/2015 auf Umbesetzung mit der Wahl des Bürgerlichen Mitgliedes, Herrn Patrick Pawlak, in den Werkausschuss und als stellvertretendes Bürgerliches Mitglied in den Umwelt- und Bau- und Planungsausschuss zu.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

9.3. Antrag der FDP-Fraktion - Umbesetzung von Ausschüssen AN/019/2015

Die Stadtverordneten stimmen dem Antrag der FDP-Fraktion AN/019/2015 auf Umbesetzung von Ausschüssen einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

10. Zustimmung zur Wahl des Ortswehrführers der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Ahrensburg - Ortswehr Ahrensfelde -

Stadtverordneter und Vorsitzender des Hauptausschusses, Herr Schmick, hält den Sachvortrag.

Anschließend stimmen die Stadtverordneten dem Beschlussvorschlag zu.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

Bürgervorsteher Wilde gratuliert dem neu gewählten Ortswehrführer der Ortswehr Ahrensfelde, Herrn Michael Mey, zu seiner Wahl.

11. Zustimmung zur Wahl des stellvertretenden Ortswehrführers der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Ahrensburg - Ortswehr Ahrensfelde -

Stadtverordneter und Vorsitzender des Hauptausschusses, Herr Schmick, hält den Sachvortrag.

Anschließend stimmen die Stadtverordneten dem Beschlussvorschlag zu.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

Bürgervorsteher Wilde gratuliert dem neu gewählten stellvertretenden Ortswehrführer der Ortswehr Ahrensfelde, Herrn Peter Körner, zu seiner Wahl.

**12. Durchführung eines Oktoberfestes in den Jahren 2015 bis 2017
- Grundsatzbeschluss**

Stadtverordneter und Vorsitzender des Bildungs-, Kultur- und Sportausschusses, Herr Schubbert-von Hobe, hält den Sachvortrag.

Stadtverordneter Stern plädiert im Namen der CDU-Fraktion für die weitere Durchführung des Oktoberfestes mit einer Anhandgabe an den Veranstalter für 3 Jahre, könnte jedoch als Kompromissvorschlag dem Antrag der WAB-Fraktion mit einer Genehmigung auf 2 Jahre bis 2016 befristet zustimmen. Die im Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss aufgeführten Argumente mit einer Ablehnung des Oktoberfestes seien für ihn nicht nachvollziehbar. Die Große Straße sei für Events zur Stärkung der Innenstadt und zur Steigerung der Attraktivität auch für auswärtige Besucher ausgebaut worden.

Stadtverordnete Unger erklärt, dass zur Beratung dieses Tagesordnungspunktes von den Betroffenen im Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss lediglich ein Vertreter des Veranstalters neben der Presse Ahrensburg24, Frau Veeh, anwesend gewesen sei. Das Portal Ahrensburg24 würden lediglich jüngere Menschen aufsuchen und die Umfrage zum Oktoberfest somit nicht repräsentativ sein. Es handele sich um eine gewerbliche Veranstaltung. Weder die Stadt noch Vereine würden einen Gewinn verzeichnen. Eine Bindung an eine Veranstaltungsagentur sollte nicht über 3 Jahre erfolgen, sondern höchstens über 1 Jahr, um zukünftig auch weiterhin eine Abwägung zu gewährleisten. Die SPD-Fraktion wäre geneigt, einer Bewilligung für 1 Jahr zuzustimmen.

Stadtverordneter Bellizzi plädiert im Namen der FDP-Fraktion für die Durchführung des Oktoberfestes als Teil des Stadtmarketings und zur Erhöhung der Außenwirkung der Stadt. Das Oktoberfest führe zu einer erhöhten Wirtschaftskraft neben Sondernutzungsgebühren für die Stadt. Den zahlreichen Besuchern, die Interesse hätten, an einer Veranstaltung teilzunehmen, sollte dies nicht verboten werden. Die FDP-Fraktion stimmt dem Beschlussvorschlag der Vorlagen-Nr. 2015/022/1 mit einer Genehmigung für das Oktoberfest von 3 Jahren zu, da dem Veranstalter, insbesondere auch den Ausstellern, Planungssicherheit geboten werden sollte. Als Kompromiss wäre für die FDP-Fraktion auch eine Genehmigung für das Oktoberfest für 2 Jahre denkbar.

Stadtverordneter Holzmann erklärt im Namen der WAB-Fraktion, dass diese der Durchführung eines Oktoberfestes zustimmen werde, bezweifelt jedoch eine erforderliche Planungssicherheit von 3 Jahren für den Veranstalter und stellt im Namen der WAB-Fraktion nachfolgenden Antrag (AN 016/2015):

„Die Stadtverordnetenversammlung möge die Vorlage 2015/022/1 wie folgt ändern:

1. Die Genehmigung wird auf 2 Jahre also bis 2016 befristet. Die Punkte 1 und 2 der Vorlage sind entsprechend zu ändern.
2. Die Verwaltung soll bis März 2016 mit dem Veranstalter ein Konzept vereinbaren, wie sich die Belästigung der Anwohner, insbesondere durch Beschallung außerhalb des Festzeltes reduzieren und zeitlich begrenzen lässt. Dieses Konzept wäre dann ggf. Grundlage einer neuen Genehmigung.“

Das Oktoberfest sei eine erfolgreiche und für die Innenstadt nützliche Veranstaltung. Allerdings sollte die Belästigung der Anwohner durch Lärm, Unrat etc. so gering wie möglich gehalten werden. Bis Mitte 2016 sollten Betreiber und Stadt daher ein anwohnerfreundlicheres Konzept vereinbaren, dass dann Grundlage für eine Genehmigung über 2016 hinaus werden könne.

Stadtverordneter Schubbert-von Hobe erklärt, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen für Veranstaltungen in der Ahrensburger Innenstadt sind. Es werden ausreichend Abend- und Wochenveranstaltungen in der Innenstadt angeboten. Weitere Veranstaltungen sollte es zu Ladenöffnungszeiten geben. Bei dem Oktober- und dem Stadtfest handele es sich um eine außerordentliche Belastung der Anwohner. Für das Stadtfest werde von den Anwohnern die Belastung in Kauf genommen, aber nicht für ein weiteres Fest. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen möchte dem Oktoberfest nicht die Existenzberechtigung absprechen. Fraglich ist, ob das Oktoberfest, wenn es nicht zu Ladenöffnungszeiten stattfindet, nicht außerhalb der Innenstadt beim Schützenhaus oder auf dem Multifunktionsplatz am Marstall durchgeführt werden sollte. Um die Veranstaltung nicht zu gefährden, ist die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bereit, einer Verlängerung von einem Jahr zuzustimmen. Sollte die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen für die kommenden Jahre zustimmen, müsste ein Konzept erarbeitet werden, dass das Oktoberfest nicht mehr in der Innenstadt stattfindet.

Stadtverordneter Hansen erklärt, dass er weder dem Beschlussvorschlag der Verwaltung noch dem WAB-Antrag zustimmen werde, da er u.a. die Verlässlichkeit des Veranstalters nicht erlebt habe. Es habe nichts damit zu tun, dass er gegen die Durchführung des Oktoberfestes sei.

Stadtverordnete Hengstler regt an, auch die Anwohner rechtzeitig über die jährlichen Veranstaltungen zu informieren, damit auch diese Planungssicherheit haben. Bezüglich der Probleme wie Schall, Urinieren sollte ein Konzept auch zusammen mit der Polizei erarbeitet werden. Sie plädiert dafür, den Antrag der WAB-Fraktion zu unterstützen.

Stadtverordneter Randschau stellt im Namen der SPD-Fraktion nachfolgenden Antrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge die Vorlage 2015/022/1 wie folgt ändern:

1. Die Genehmigung wird auf 1 Jahr (2015) befristet. Die Punkte 1 und 2 werden entsprechend geändert.
2. Auf Außenlautsprecher ist zu verzichten.“

Bürgermeister Sarach erklärt, dass nach Abwägung das Gesamtinteresse mit ca. 21.000 Besuchern des Oktoberfestes und die positiven Auswirkungen auf das Stadtmarketing für die Stadt Ahrensburg gegenüber den Einzelinteressen überwiege.

Anschließend wird über den weitest gehenden Antrag des Stadtverordneten Randschau, der wie folgt lautet, abgestimmt:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge die Vorlage 2015/022/1 wie folgt ändern:

1. Die Genehmigung wird auf 1 Jahr (2015) befristet. Die Punkte 1 und 2 werden entsprechend geändert.
2. Auf Außenlautsprecher ist zu verzichten.“

Abstimmungsergebnis:

**13 Ja-Stimmen
17 Nein-Stimmen
1 Enthaltung**

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Über den Antrag der WAB-Fraktion AN/016/2015 des Stadtverordneten Holzmann, der wie folgt lautet, wird abgestimmt:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge die Vorlage 2015/022/1 wie folgt ändern:

1. Die Genehmigung wird auf 2 Jahre, also bis 2016, befristet. Die Punkte 1 und 2 der Vorlage sind entsprechend zu ändern.
2. Die Verwaltung soll bis März 2016 mit dem Veranstalter ein Konzept vereinbaren wie sich die Belästigung der Anwohner, insbesondere durch Beschallung außerhalb des Festzelts reduzieren und zeitlich begrenzen lässt. Dieses Konzept wäre dann ggf. Grundlage einer neuen Genehmigung.“

Abstimmungsergebnis:

**17 Ja-Stimmen
12 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen**

Der Antrag ist somit angenommen.

Anschließend wird wie folgt abgestimmt:

1. „In Ahrensburg wird auf der im Sachverhalt beschriebenen Fläche in der Großen Straße in den Jahren 2015 – 2016 ein Oktoberfest durchgeführt.
2. Die Durchführung des Oktoberfestes 2015 – 2016 erfolgt auf der Grundlage einer Sondernutzungsgenehmigung an öffentlichen Straßen in der Stadt Ahrensburg. Der erste Tag (Aufbau) und der letzte Tag (Abbau), soweit sie eine Sondernutzung und damit Bestandteil der Erlaubnis sind, werden bei der Gebührenbemessung als ein Tag berücksichtigt.
3. Die Verwaltung soll bis März 2016 mit dem Veranstalter ein Konzept vereinbaren wie sich die Belästigung der Anwohner, insbesondere durch Beschallung außerhalb des Festzelts reduzieren und zeitlich begrenzen lässt. Dieses Konzept wäre dann ggf. Grundlage einer neuen Genehmigung.
4. Der Antrag der Firma EPM Concept Marktveranstaltungen GmbH wird entsprechend beschieden.“

Abstimmungsergebnis:

**17 Ja-Stimmen
13 Nein-Stimmen
1 Enthaltungen**

13. **Politikerstatements auf Ahrensburg.TV**

Bürgervorsteher Wilde hält den Sachvortrag.

Bürgervorsteher Wilde plädiert im Namen der CDU-Fraktion dafür, Medienvertretern weiterhin bis zum Ende der Wahlperiode der Stadtverordnetenversammlung die Erlaubnis zu erteilen, nach Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung Aufnahmen zu tätigen und zu veröffentlichen. Die Zahl der Aufrufe zu den Ausführungen der Politiker nach jeder Stadtverordnetenversammlung belaufen sich auf ca. 4.000 bis 5.000 mit 734 Einschaltungen zur 1. Veröffentlichung, 2.100 zur 2. Veröffentlichung, 2.000 zur 3. Veröffentlichung, 2.000 zur 4. Veröffentlichung und 1.603 zur 5. Veröffentlichung. Da die kommende Generation der Stadtverordnetenversammlung die Chance auf nuancierte Änderungen haben sollte, plädiert er gleichzeitig für ein Zeitlimit zum Ende der Wahlperiode.

Stadtverordneter Holzmann beantragt im Namen der WAB-Fraktion, die Vorlage 2015/017 wie folgt zu ändern:

„Im Beschlussvorschlag soll der Teil bis zum Ende der Wahlperiode der Stadtverordnetenversammlung, mithin 31.05.2018, gestrichen werden“.

Da sämtliche Fraktionen ohnehin jederzeit ohne Angabe von Gründen die Erlaubnis widerrufen könnten, mache es keinen Sinn, am Anfang jeder Wahlperiode über die Präsenz von Medien nach der Stadtverordnetenversammlung neu zu entscheiden. Hier entstehe unnötiger Arbeitsaufwand und eine unnötige Verkomplizierung des Beschlusses.

Stadtverordneter Schubbert-von Hobe spricht sich im Namen von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen für den Beschlussvorschlag und somit einer Begrenzung bis zum Ende der Wahlperiode aus, da es sich um Einzelpersonen handle, die nach Ablauf der Wahlperiode neu entscheiden müssten, ob sie das Instrument „Politikerstatements auf Ahrensburg.TV“ weiterführen wollten.

Stadtverordneter Bellizzi stimmt im Namen der FDP-Fraktion dem Antrag der WAB-Fraktion zu, den Zusatz „bis zum Ende der Wahlperiode der Stadtverordnetenversammlung, mithin 31.05.2018“, zu streichen und verweist auf das Vetorecht, dass - sofern eine Fraktion diese einlegen - eine Einstellung der Politikerstatements erfolgen würde.

Stadtverordneter Koch erklärt, dass seiner Auffassung nach das Vetorecht lediglich für die Probezeit vereinbart worden sei, könne jedoch für die kommenden Jahre nicht unbegrenzt weiter gelten. Folge sei, dass eine zweiköpfige Fraktion darüber befinden würde, wie mit Medienvertretern umzugehen sei.

Es folgt ein weiterer Wortbeitrag durch Stadtverordnete Unger.

Anschließend wird zunächst über den Änderungsantrag der WAB-Fraktion zu Politikerstatements auf Ahrensburg.TV, der wie folgt lautet, abgestimmt:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge die Vorlage 2015/017 wie folgt ändern:

Im Beschlussvorschlag soll der Teil bis zum Ende der Wahlperiode der Stadtverordnetenversammlung, mithin 31.05.2018, gestrichen werden.“

Abstimmungsergebnis:	10 Ja-Stimmen
	15 Nein-Stimmen
	5 Enthaltungen

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Anschließend wird über den Beschlussvorschlag der Vorlagen-Nr. 2015/017, der wie folgt lautet, abgestimmt:

„Medienvertretern wird bis zum Ende der Wahlperiode der Stadtverordnetenversammlung, mithin 31.05.2018, weiterhin die Erlaubnis erteilt, nach Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung Aufnahmen zu tätigen und zu veröffentlichen.“

Abstimmungsergebnis:	27 Ja-Stimmen
	3 Enthaltungen

Dem Beschlussvorschlag ist somit zugestimmt.

14. **42. Flächennutzungsplanänderung "Ohlendamm"**
 - Abwägung der Stellungnahmen
 - Abschließender Beschluss

Aufgrund des § 22 GO Schleswig-Holstein waren Stadtverordnete von der Beratung und Abstimmung dieses Tagesordnungspunktes nicht ausgeschlossen.

Stadtverordneter und Vorsitzender des Bau- und Planungsausschusses, Herr Möller, hält aufgrund des Sachzusammenhangs einen Sachvortrag gemeinsam für die Tagesordnungspunkte:

14. „42. Flächennutzungsplanänderung „Ohlendamm“
 – Abwägung der Stellungnahmen
 – Abschließender Beschluss“ und
15. „Bebauungsplan Nr. 93 „Ohlendamm“ für das Gebiet Ohlendamm Flurstücke 294, 295, 296, 297, 298, 301, 548 und 549
 – Abwägung der Stellungnahmen
 – Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch.“

Anschließend stimmen die Stadtverordneten dem Beschlussvorschlag der Vorlagen-Nr. 2015/018 zu.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

15. **Bebauungsplan Nr. 93 "Ohlendamm" für das Gebiet Ohlendamm, Flurstücke 294, 295, 296, 297, 298, 299, 301, 548 und 549**
- **Abwägung der Stellungnahmen**
- **Satzungsbeschluss gemäß § 10, Abs. 1 Baugesetzbuch**

Aufgrund des § 22 GO Schleswig-Holstein waren Stadtverordnete von der Beratung und Abstimmung dieses Tagesordnungspunktes nicht ausgeschlossen.

Stadtverordneter und Vorsitzender des Bau- und Planungsausschusses, Herr Möller, hält aufgrund des Sachzusammenhangs einen Sachvortrag gemeinsam für die Tagesordnungspunkte:

14. „42. Flächennutzungsplanänderung „Ohlendamm“.
– Abwägung der Stellungnahmen
– Abschließender Beschluss“ und
15. „Bebauungsplan Nr. 93 „Ohlendamm“ für das Gebiet Ohlendamm Flurstücke 294, 295, 296, 297, 298, 301, 548 und 549
– Abwägung der Stellungnahmen
– Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch.“

Anschließend stimmen die Stadtverordneten dem Beschlussvorschlag der Vorlagen-Nr. 2015/016 zu.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

**16. Städtebaulicher Vertrag zur Sicherung der mit der städtebaulichen Planung verfolgten Ziele
- Einzelhandelsausschluss am nördlichen Ende des Kornkamps**

Stadtverordneter und Vorsitzender des Bau- und Planungsausschusses, Herr Möller, hält den Sachvortrag.

Anschließend stimmen die Stadtverordneten dem Beschlussvorschlag zu.

Abstimmungsergebnis: **Alle dafür**

17. Jahresabschluss 2011 der Stadt Ahrensburg und Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes

Stadtverordneter und Vorsitzender des Finanzausschusses, Herr Conring, hält den Sachvortrag. Er hebt das positive Jahresergebnis hervor und verweist gleichzeitig auf die kritischen Hinweise des Rechnungsprüfungsamtes im Abschlussbericht. Der Finanzausschuss wird sich über die Umsetzung dieser Hinweise informieren lassen.

Stadtverordneter Stukenberg bedankt sich im Namen der FDP-Fraktion bei den Mitarbeitern für den bereits 3. nachgeholten Jahresabschluss von insgesamt 6. Die Erträge seien im Jahresabschluss 2011 etwa um 15,5 % höher als geplant. Der Überschuss sollte der Rücklage auch im Hinblick auf die stark schwankende Gewerbesteuer zugeführt werden. Zukünftig sollte die Einführung einer Budgetierung im Hinblick auf die praktizierte kleinteilige Planung geprüft werden.

Stadtverordneter Koch erklärt im Namen der CDU-Fraktion, dass der Jahresabschluss 2011 um 7 Mio. € besser ausgefallen sei, als geplant. Auf Basis bisher nicht korrekter Planzahlen und nicht vorliegender Jahresabschlüsse sei in der Vergangenheit eine falsche Debatte über strukturelle Defizite, stark anwachsende Schulden, Verschiebung von dringend notwendigen Sanierungsmaßnahmen bzw. Schulbaumaßnahmen diskutiert worden. Aufgrund der reduzierten Kreisumlage um 600.000 € regt er an, zügig einen Nachtragshaushalt für das Jahr 2015 auf den Weg zu bringen, um in die Substanzerhaltung, die Sanierung von Straßen, insbesondere in die Deckenerneuerung, zu investieren. Der Nachtragshaushaltsplan sollte noch möglichst vor der Sommerpause den Gremien zur Beschlussfassung vorgelegt werden, damit im Herbst dieses Jahres die Unterhaltungsmaßnahmen noch realisiert werden können.

Stadtverordneter Egan erklärt im Namen der WAB-Fraktion, dass seit 2011 kontinuierlich Kredite zurückgezahlt und keine neuen Schulden aufgenommen worden seien bei gleichzeitigen hohen Investitionen. Jetzt sei man wiederum in der Phase, was man haben will und weniger, was man sich leisten könne. Er hofft, dass auch der endgültige Jahresabschluss 2015 mit einem positiven Ergebnis und einer entsprechenden Liquidität abschneide.

Anschließend stimmen die Stadtverordneten dem Beschlussvorschlag zu.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

18. Verkaufsoffene Sonntage 2015

Die Termine für die verkaufsoffenen Sonntage 2015 werden von der Stadtverordnetenversammlung zur Kenntnis genommen.

gez. Roland Wilde
Vorsitzender

gez. Birgit Reuter
Protokollführerin